C12

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand Grüne Dortmund (dort beschlossen am: 03.04.2025)

Titel: **Sicherheit**

Text

Dortmund ist eine Stadt voller Leben, voller Menschen, Begegnungen und öffentlicher Räume. Damit dieses Zusammenleben gelingt, braucht es das Gefühl von Sicherheit – tagsüber auf dem Weg zur Schule, abends auf dem Heimweg, immer auf allen Wegen. Doch Sicherheit bedeutet für unterschiedliche Menschen Unterschiedliches. Während manche bestimmte Orte als lebendig erleben, bedeuten diese für andere Stress, Ausschluss oder sogar Angst.

Wir glauben an ein Sicherheitsverständnis, das die Vielfalt Dortmunds ernst nimmt. Eine Stadt ist dann sicher, wenn sich alle in ihr sicher fühlen, unabhängig davon, woher sie kommen, wie sie aussehen oder wie sie leben. Sicherheit beginnt nicht erst mit Blaulicht, sondern mit guter Beleuchtung, erreichbaren Ansprechpartner*innen, respektvollem Umgang und verlässlicher Unterstützung im Alltag.

Dafür braucht es eine Polizei, die bürger*innennah und transparent arbeitet, einen Ordnungsdienst, der sensibel hilft und unterstützt, und kommunale Strukturen, die Schutz bieten, ohne zu stigmatisieren. Es braucht Schutzräume genauso wie Vertrauen, Ansprechbarkeit genauso wie klare Haltung gegen Gewalt. Dortmund hat in vielen Bereichen bereits wichtige Schritte getan, jetzt geht es darum, die nächsten zu gehen. Mit Blick auf soziale Realitäten. Mit einem Ohr für Betroffene. Und mit dem Ziel, dass alle Menschen diese Stadt als ihren sicheren Ort erleben können.

Für bürger*innennahe Polizei und Ordnungskräfte

Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen frei, ungezwungen und

gleichzeitig sicher bewegen können. Dazu ist eine bürger*innennahe Polizei notwendig, die alle Menschen fair und respektvoll behandelt. Wir sehen und begrüßen den Weg, den die Dortmunder Polizei hin zu einer diskriminierungsfreien Polizeiarbeit angestoßen hat, hören aber auch weiterhin die Erfahrungen von Menschen aus von Diskriminierungen betroffenen Gruppen.

Wir werden

- regelmäßige Streifen einer bürger*innennahen Polizei und des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) einsetzen, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und Rechtsverstöße durch schnelles und regelmäßiges Einschreiten zu verhindern.

- die kommunale Ordnungspartnerschaft wieder vermehrt einsetzen, da paritätisch besetzte Streifen aus Polizei und Ordnungsamt zu einer höheren Sicherheit und einem erhöhten Sicherheitsgefühl beitragen.

- die Einrichtung einer unabhängigen, kommunalen Beschwerdestelle anstreben, die Beschwerden zum Verhalten von Polizei und Ordnungsbehörden vertraulich mit den Behörden bespricht, Beratung bei möglichen Rechtsverstößen anbietet und das Vertrauen in die Ordnungsbehörden und Polizei stärkt.

- uns dafür einsetzen, dass sich die Stadt auf Landesebene dafür stark macht, das Elektro-Taser-Modellprojekt in Dortmund zu stoppen.

- Videobeobachtung und Videoüberwachung im öffentlichen Raum nicht weiter ausbauen und zurückbauen, da sie zu Stigmatisierung und Verdrängungseffekten führen, ohne die eigentlichen Probleme zu lösen und gleichzeitig in persönliche Freiheitsrechte eingreifen.

- die Digitalisierung der Leitstelle des Außendienstes des KOD weiter vorantreiben, um Effizienz zu steigern, bevor noch mehr Personal aus den knappen städtischen Mittel geschaffen werden muss.

- uns dafür einsetzen, dass die politische Beteiligung bei Entscheidungen zur Aufgabenwahrnehmung, zu inhaltlichen Schwerpunkten und zu den Einsatzgebieten des Ordnungsdienstes erhöht wird.

- darauf hinwirken, dass Mitarbeitende des Ordnungsdienstes und andere Einsatzkräfte vor verbalen und körperlichen Angriffen geschützt werden und bei Anzeigeverfahren beraten werden, zum Beispiel durch ein Meldesystem und die Verstetigung der von den GRÜNEN initiierten kommunale Fachstelle “Gewalt gegen Rettungs- und Ordnungskräfte”.

Für Awareness bei Ordnungsbehörden

Die Ordnungsbehörden der Stadt haben den Auftrag, für die Sicherheit von allen Menschen in Dortmund zu sorgen. Insbesondere für von Diskriminierung betroffene Gruppen wird diese Sicherheit nicht immer vermittelt. Wir streben mehr Austausch und kooperative Formate zwischen Interessenvertretungen und Ordnungsbehörden an. Von einem erhöhten Sicherheitsgefühl diskriminierter Gruppen profitieren auch die Ordnungsbehörden selbst, weil das Vertrauen ihnen gegenüber gestärkt wird. Denn nahbare und ansprechbare Ordnungskräfte stärken das Sicherheitsgefühl aller gesellschaftlichen Gruppen.

Wir werden

- alle Mitarbeitenden des städtischen Außendienstes (u.a. kommunaler Ordnungsdienst) im Umgang mit vulnerablen und von Diskriminierung betroffenen Gruppen geschult werden und dabei Interessenvertretungen dieser Gruppen beteiligen.

- alle Mitarbeitenden des städtischen Außendienstes im Umgang mit psychisch kranken Personen sowie Personen in psychischen Ausnahmesituationen schulen.

- insbesondere Kontrollen und Ordnungsmaßnahmen nicht aufgrund von bestimmten äußeren (zum Beispiel ethnischen oder religiösen) Merkmalen verstärkt werden (Racial Profiling) und die Einführung von Kontroll-Quittungen wie in Bremen prüfen.

- die optische Angleichung von Ordnungsamt an die Polizei rückgängig machen, da sie für den Großteil der Bürger*innen kaum mehr zu unterscheiden sind und dadurch die unterschiedlichen Aufträge der Behörden sowohl optisch, aber auch im Auftreten, nicht mehr trennbar sind.

- regelmäßige externe Evaluation von polizeilichen und ordnungsbehördlichen Maßnahmen durchführen um Rassismus und Diskriminierung systematisch zu erkennen und zu bekämpfen.

- durch diese Evaluation und durch weitere Maßnahmen eine sichtbare Fehlerkultur innerhalb der Behörden etablieren.

- ein Gremium im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Kommunale Sicherheit 2.0 zur Beratung von Konfliktthemen im Bereich der Obdach- und Wohnungslosigkeit und Drogenkonsum schaffen, das Politik, Ordnungsbehörden, Beratungsstellen, Interessenvertretungen der Betroffenen

und der Händler*innen und weitere Beteiligte einbindet.

- die Ausrüstung vom Ordnungsamt mit einem Schlagstock (sog. „Einsatzmehrzweckstock“) beenden.

- den Einsatz von Schulterkameras („Bodycams“) bei kommunalen Ordnungsdienst nach dem Modellprojekt kritisch evaluieren.

- prüfen, ob der kommunale Ordnungsdienst die Bodycams stets bei bestimmten Ordnungsvergehen (z. B. Erteilung von Platzverweisen) oder Handlungen (z. B. Ziehen des Schlagstocks) eingeschaltet haben muss.

- uns für eine diversere Ordnungsbehörde einsetzen, die gesellschaftliche Breite bei Besetzungsverfahren stärker abbildet.

Für den Schutz aller Menschen

Nur wer sich sicher fühlt, kann sich wohlfühlen! Das erreichen wir durch den Abbau von Angsträumen, mehr Aufenthaltsqualität, niederschwellige Ansprechpartner*innen und gute Schutzkonzepte.

Damit sich in Dortmund alle Menschen wohlfühlen können, werden wir

- die subjektive Sicherheit durch ein höhere Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume erhöhen.

- die Ergebnisse der in den letzten Jahren mit gelosten Bürger*innen durchgeführten Quartierslabore bezüglich des Abbaus von subjektiv bedrohlichen Orten umsetzen.

- die Dortmund App für Meldungen technischer Störungen (defekte Aufzüge, Beleuchtung usw.) weiterentwickeln.

- das Erfolgsmodell der Dortmund Guides ausbauen und durch deren Präsenz die subjektive Sicherheit steigern, ohne dass sie ein Teil der Ordnungsbehörden sind.

- eine Räumlichkeit in der Innenstadt als zentrale Anlaufstelle der Dortmund Guides einrichten, die durch nächtliche Öffnungszeiten gleichzeitig als Schutzraum im Nachtleben dient.

- bei städtischen Großevents gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen und der Polizei eine Anlaufstelle anbieten, die auch als

Schutzraum genutzt werden kann.

- niederschwellige Schutzkonzepte (nach dem Beispiel von „Luisa ist hier“ oder „Wo geht's hier nach Panama?“) bei allen städtischen Veranstaltungen und Veranstaltungen in städtischen Einrichtungen einführen .

- für diese Schutzkonzepte auch privater Gastronomie und Kultureinrichtungen Kampagnenmaterial anbieten.

- die Möglichkeit der Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen an diesen Maßnahmen durch personelle Verstärkung sicherstellen.

- gefühlter Unsicherheit durch die Präsenz vulnerabler Gruppen wie Obdach- und Wohnungsloser und durch Drogenkonsum mit Prävention anstatt mit Repression und Verdrängung begegnen.

- uns gegen Abzäunungen einsetzen, zum Beispiel indem wir den Platz von Amiens wieder öffnen.

Für starke Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind gut aufgestellt, was insbesondere dem hohen Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Akteurinnen zu verdanken ist. Absehbar werden aber die Anforderungen an Feuerwehr und Katastrophenschutz durch die Folgen des Klimawandels und aufgrund der alternden Gesellschaft weiter steigen.

Um Dortmund darauf vorzubereiten, werden wir

- weiter das Ziel verfolgen, dass der Rettungsdienst in Notfällen den Einsatzort innerhalb der vom Rat der Stadt Dortmund festgelegten Schutzziele erreicht.

- die intelligente Verkehrssteuerung auch für Rettungskräfte nutzen, zum Beispiel eine grüne Welle für Feuerwehr und Rettungsdienst.

- uns ergänzend zu den Katastrophenwarnsystemen des Bundes für eine transparente und umfassende Information der Dortmunder*innen im Gefahrenfall einsetzen, wobei die bisherigen Möglichkeiten insbesondere auf Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit überprüft und ergänzt werden müssen, zum Beispiel bei der Nutzung von Cell Broadcast.

- den bestehenden Dortmunder Pandemieplan von 2012 auf Basis der Erfahrungen der Corona-Pandemie aktualisieren.

- den Schutz vor den Klimafolgen wie Hitzeperioden und Trockenheit, aber auch Starkregen mit Überschwemmungen durch Infrastruktur und mit den notwendigen finanziellen Mitteln stärken.

- das Engagement von Feuerwehr und Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Mitglieder wie mit dem von uns angestoßenen Recruiting-Konzept für die Feuerwehr weiter unterstützen, insbesondere auch von Dortmunder*innen mit Migrationsgeschichte.

- die Feuerwehr bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der Jugendfeuerwehr unterstützen.

- auch die Nachwuchsförderung beim THW, DRK und weiteren Blaulichtorganisationen durch die Unterstützung der Jugendorganisationen stärken.

- uns für den Schutz von Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen bei den Rettungskräften vor verbalen und körperlichen Angriffen einsetzen und ein Meldesystem sowie eine Beratung zu Anzeigeverfahren einführen.

- die von uns initiierte kommunale Fachstelle “Gewalt gegen Rettungs- und Ordnungskräfte” weiter ausbauen.